

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Parlament verabschiedet EU-Haushalt 2011



In diesen Tagen hat das Europäische Parlament den EU-Haushaltsplan 2011 angenommen. Die im Plenum verabschiedete Fassung sieht mehr Mittel für die Jugend, Innovationen und den Friedensprozess im Nahen Osten und Palästina vor. Die Mittel für das „Programm für lebenslanges Lernen“ konnten beispielsweise erhöht werden, ebenso für das Programm

„Unternehmerische Initiative und Innovation“ sowie für das Programm „Intelligente Energie - Europa“.

Neben dem Haushalt konnte das Parlament auch eine Reihe von politischen Forderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Budgetvorgaben des Lissabon-Vertrags durchsetzen. In erster Linie ging es dabei um die Einbeziehung des Parlaments in die nächsten langfristigen Haushaltsplan und ein neues System der Eigenmittel. „Die Zusage der nächsten vier EU-Ratspräsidentschaften, das

Parlament in die Gespräche über den mehrjährigen Finanzrahmen einzubeziehen, ist ein großer Erfolg“, so der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. Weiter konnte das Parlament durchsetzen, dass systematische Bewertungen des europäischen Mehrwertes neuer Gesetzesbestimmungen und ihrer Finanzierung vorgenommen werden. Darüber hinaus sind Berechnungen vorzulegen, welche Kosten „ohne Europa“ entstanden wären.

„Diese Regelungen bringen uns mehr Transparenz und werden den Bürgern schwarz auf weiß zeigen, welchen Mehrwert sie von unserem gemeinsamen Europa haben“, betont Ulmer.

Finanzmarktrichtlinien verschärft

Die Novellierung der

Finanzmarktrichtlinie MiFID (Markets in Financial Instruments Directive)

nimmt nun klare Formen an.

Die erst im November 2007 in Kraft getretene Richtlinie soll überarbeitet werden, weil sich die Finanzmärkte seitdem grundlegend verändert haben. Mit der Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie will der zuständige EU-Binnenkommissar Michael Barnier die Regulierung stärken und dabei den neuen Entwicklungen auf den Finanzmärkten Rechnung tragen. Der Anlegerschutz soll damit verbessert und die Transparenz und Effizienz der Märkte gesteigert werden. Die MiFID war bisher bekannt dafür, dass sie die Dokumentation von Beratungsgesprächen vorschreibt. In Zukunft sollen die Regulierungen jedoch stark erweitert werden und sich auf alle Dienstleistungen mit Wertpapieren beziehen. Die Vorschriften zur Transparenz sollen nach der Novelle auch für andere Vermögensformen gelten als nur für Aktien und Marktdaten sollen in Zukunft besser öffentlich zugänglich gemacht werden, auch Waren-derivate sollen besser kontrolliert werden. Dr. Thomas Ulmer, EU-Abgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, befürwortet insbesondere den verbesserten Schutz der Anleger. Die Kommission sammelt derzeit noch Vorschläge, wie in Zukunft besser gewährleistet werden kann, dass Anleger von Banken und Wertpapierfirmen so beraten werden, dass es auch wirklich zu ihren Möglichkeiten und Risikogrenzen passt.



Frohe Weihnachten und einen guten Start ins Jahr 2011!

Liebe Leserinnen und Leser, sehr geehrte Damen und Herren,

schon wieder ist ein Jahr vergangen, das Weihnachtsfest und der Jahreswechsel stehen

vor der Tür. Ich schaue aus dem Fenster und es hört nicht auf zu schneien. In diesem Jahr hat uns das Winterwetter fest im Griff. Bitte geben Sie auf sich Acht und bleiben Sie gesund.

Ich möchte mich bei Ihnen für Ihr Interesse an Europa

und an meiner politischen Arbeit für unsere Region ganz herzlich bedanken. Ihnen allen wünsche ich von Herzen ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr.

Ihr
Dr. Thomas Ulmer



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Bürgerbegehren in der EU ab 2011 möglich

Seit einem Jahr ist der Vertrag von Lissabon mittlerweile in Kraft. Eine von vielen wichtigen Neuerungen ist die stärkere Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Das soll durch ein Bürgerbegehren möglich werden. Die Hürden dafür wurden in dieser Woche sehr weit herabgesetzt, sodass eine wirkliche Partizipation und Einmischung in die europäische Politik möglich wird. Demnach müssen mindestens sieben Bürger aus sieben verschiedenen Mitgliedstaaten einen Antrag einreichen. Dieser muss von mindestens 1 Million Unterschriften unterstützt werden.

Der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer begrüßt das Ergebnis: „Die Abgeordneten haben sich dafür eingesetzt, dieses Instrument so benutzerfreundlich wie möglich zu gestalten. Bürokratische Hürden wurden abgebaut und zusätzliche Hilfestellungen für Benutzer vorgesehen.“

Mit der Einrichtung der Bürgerinitiative haben die Menschen nicht nur die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren, sondern auch die Kommission zum Handeln aufzufordern. Dieser große Schritt zu mehr Basisdemokratie ist durch den Lissabonvertrag erst möglich geworden und ist ein wichtiges Instrument für ein modernes, bürgernahes Europa.

Nachbesserungen bei EU-Spielzeugrichtlinie



Mit der 2008 verabschiedeten EU-Spielzeugrichtlinie sollte das Ziel, in Europa die schärfsten Anforderungen zu stellen und die Grenzwerte sehr streng zu gestalten, erreicht werden. Neue wissenschaftliche

Erkenntnisse machen es jedoch notwendig, einige Grenzwerte für Schwermetalle zu korrigieren. Das Parlament hat nun eine umgehende Verschärfung der Grenzwerte gefordert. Der Druck des Parlaments auf die EU-Kommission zeigte seine Wirkung: In diesen Tagen kündigte EU-Industriekommissar Tajani strengere Grenzwerte für gefährliche Schwermetalle an.

„Kinderspielzeug muss sicher sein. Gefährliche Chemikalien haben hier nichts zu suchen. Gerade bei Spielzeug für Kleinkinder, die alles in den Mund nehmen, müssen nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen die höchsten Sicherheitsstandards gelten“, fordert Dr. Thomas Ulmer, Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz im Europäischen Parlament. Doch auch die Außenkontrollen und die Marktaufsicht müssen verbessert werden, um die Einfuhr gefährlichen Spielzeugs nach Europa einzudämmen. Hier müssen die Mitgliedstaaten tätig werden. Ein wichtiger Erfolg war darüber hinaus die Beibehaltung des freiwilligen deutschen GS-Zeichens in der EU-Spielzeugrichtlinie, das für geprüfte Sicherheit steht und eine verpflichtende Drittprüfung vorsieht.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893089

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement European;

Elo: © Matthias Enter - Fotolia.com; Geldhaus: © fuxart - Fotolia.com; Kind:

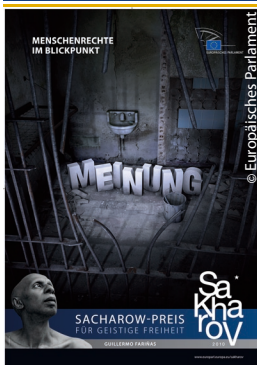
© Daniel Fuhr - Fotolia.com; Euro: © Taffi - Fotolia.com; Foto Ulmer © Busse

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Energie: Mehr regionale Zusammenarbeit

EU-Energiekommissar Günther Oettinger stellte in diesen Tagen seine Pläne vor, nach denen in Zukunft die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Energiebereich gestärkt werden soll. Dr. Thomas Ulmer MdEP begrüßt Oettingers Initiative. Im Vordergrund stehen dabei eine höhere Versorgungssicherheit, der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur sowie niedrigere Energiepreise. Regionale Kooperationen wurden bereits 2006 geschaffen. Sie gelten als Zwischenschritt auf dem Weg von den nationalen Märkten hin zu einem europäischen Energiemarkt. Oettinger schlägt jedoch eine neue Verwaltungsstruktur für die regionale Zusammenarbeit und eine Anpassung ihrer geografischen Aufteilung vor. Die europäische Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden soll die Arbeit der regionalen Initiativen überwachen und koordinieren. Dabei geht es insbesondere um die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit, Projektinitiativen zur Erprobung neuer Ideen, Koordinierung grenzübergreifender Investitionen zur Wahrung der Energieversorgungssicherheit sowie die Förderung erneuerbarer Energien. Neben diesen Vorschlägen will die Kommission mit einer strengeren Aufsicht Insiderhandel und andere Manipulationen am Energiemarkt unterbinden. Nach dem Entwurf einer neuen Verordnung sollen Unternehmen ab 2012 der EU-Aufsichtsbehörde für den Strom- und Gasmarkt Einblick in ihre Handelspraktiken geben, in vollem Umfang vom Energiebinnenmarkt profitieren können.“

Sacharow-Preis für geistige Freiheit an Guillermo Farinas verliehen



In Abwesenheit des Preisträgers wurde dem Kubaner Guillermo Farinas der Sacharow-Preis für geistige Freiheit verliehen. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis geht auf den Friedensnobelpreisträger von 1975, Andrej Dmitrijewitsch Sacharow (1921-1989), zurück. Mit der Ehrung würdigt das Europäische Parlament seit 1988 jährlich den Einsatz für Menschenrechte und Meinungsfreiheit. „Die kubanische Regierung verweigerte Farinas die Ausreise, sodass er nicht

persönlich seine Auszeichnung entgegennehmen können wird. Das ist ein klarer Ausdruck Kubas gegen Werte wie Freiheit und Demokratie“, erklärt der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. „Ich erwarte, dass wir als Europäisches Parlament klare Zeichen in Richtung Kuba senden. Die Missachtung von Menschenrechten ist inakzeptabel, und unter diesen Voraussetzungen kann nicht über intensivere Beziehungen zu dem Inselstaat nachgedacht werden“, betont Ulmer. Am 24. Februar 2010 trat Guillermo Farinas zum 23. Mal in Hungerstreik, um die Freilassung von 26 kranken politischen Häftlingen zu erwirken und das kubanische Regime der Verletzung von Menschenrechtsverletzungen anzuklagen. 135 Tage später beendete er seinen Hungerstreik, der ihn Ärzten zufolge nahe an den Tod gebracht habe, nachdem die kubanische Katholische Kirche die Freilassung von 52 Gefangenen in diesen vier Monaten bekannt gegeben hatte. Der 48 Jahre alte Kubaner ist Psychologe und Journalist. Er gründete die unabhängige Presseagentur „Cubanacan Press“, mit dem vorrangigen Ziel, die Welt über das Schicksal politischer Gefangener in Kuba zu informieren. Die Agentur ist heute geschlossen.